

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	68 (1989)
Heft:	4
Artikel:	Bericht über eine undurchsichtige Kommission : eine Schweiz ohne Technologiepolitik
Autor:	Wettstein, Gérard
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340734

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dadurch eine subversive Verschwiegenheit zwischen Autor und Leser: gemachte Erfahrungen, all die durchlittenen Entsetzlichkeiten, auch all die haarsträubenden und komischen Banalitäten – und genau die – sind des Berichtens wert, sind unvergleichlich; unvergleichlich sind wir! Solche Literatur lässt nichts hinter sich, weder das Burghölzli noch diese Stadt da, Zürich, in ih-

rer Kälte, noch die teure Luxusklinik zum Beispiel am Zürichberg, noch die Phantasmen in den Seelen und die Figuren und Ausgeburten, die eine Schreibfantasie daraus entstehen lässt.

Das genau ist ihre Stärke. Dass sie von all dem Bericht erstattet, indem sie den Leser in einer rabiat offenen Form hineinnimmt in ein Stück scharf gesehener, un-

vergleichlich-eigener, genau darum vergleichbarer Welt.

Der Ausgerissene – Ein Bericht (1984), 268 Seiten, Fr. 27.–

Der Entfesselte – Ein Bericht aus Zürich (1986), 334 Seiten, Fr. 28.–

Der Unvergleichliche – Fünf Berichte vom Fremdsein und Menschsein (1988), 236 Seiten, Fr. 28.–

Bericht über eine undurchsichtige Kommission

Eine Schweiz ohne Technologiepolitik

Von Gérard Wettstein

Hat die Schweiz eine Technologiepolitik? Es dürfte unbestritten sein, dass mit der zunehmenden Konkurrenz auf dem internationalen Markt die Technologiepolitik eine zentrale Rolle einnimmt. Technologiepolitik soll hier definiert werden als «Mittel, wie der Staat, allenfalls in Zusammenarbeit mit Privaten, die technologische Forschung und Entwicklung fördert». Aus sozialdemokratischer Sicht stellt sich sofort die Frage nach einer staatlichen Lenkung der technologischen Entwicklung: Jedoch, lässt sich Technologie überhaupt lenken, und was für Kriterien liessen sich allenfalls denken?

Bevor wir uns den normativen Betrachtungen zuwenden, soll zunächst die schweizerische Technologiepolitik kurz beleuchtet werden. Der Bund verfügt bis heute über kein adäquates Mittel, um die Forschung und Entwicklung grundlegend zu beeinflussen. Wohl gibt es den Schweizerischen Nationalfonds, der über ein Budget von rund 200 Millionen Franken verfügt, und die Kommission für Wissenschaft und Forschung (KWF) mit einem rund 30-Millionen-Franken-Budget (1988). Daneben sind noch andere Instrumentarien zu

nennen wie etwa das «Centre Suisse d'Electricité et de Microtechnique S.A.» (CSEM) in Neuenburg, an dem der Bund finanziell beteiligt ist. Die Mikrotechnik ist für die Schweiz von besonderer Bedeutung, werden doch 21 Prozent der schweizerischen Exporte durch die Mikrotechnik-industrie erbracht.

Alle diese und andere Institute und Gremien können nur eine partielle Politik betreiben. Anhand der KWF soll gezeigt werden, wie undurchsichtig und fragwürdig die bestehenden staatlichen Einflussmöglichkeiten sind. Im Jahre 1988 wurden nach Schätzungen für Forschung und Entwicklung total rund 7 Milliarden Franken (ohne ETH und Universitäten) ausgegeben. Nach Branchen betrachtet fallen 45 Prozent der Gelder auf die Chemie und 47 Prozent auf die Elektro-, Maschinen- und Metallbranche. Es zeigt sich also, dass rund 92 Prozent des Gesamtaufwandes auf nur vier Branchen fallen, ein Faktum, das eine der vielen Fragen aufwirft: Wie ist diese massive Konzentration zu erklären? Warum werden andere Branchen wie Bautechnik (und die damit zusammenhängenden neuen Isolationstechniken und

Materialien) und Uhren so vernachlässigt? Und vor allem: Was wird in all den (privaten) Laboratorien der Chemie geforscht? Wie stark ist die universitäre Forschung (vor allem auf dem Gebiet der Biologie, Chemie, Physik, aber auch der Soziologie) mit dem Militärapparat liiert?

Was die Herkunft der Gelder angeht, so mag es doch erstaunen, dass sage und schreibe 98 Prozent des Gesamtaufwandes für Forschung und Entwicklung von der Privatwirtschaft getätigter werden, dem Staat bleiben die kümmerlichen 2 Prozent übrig. Tatsächlich kann hier der Bund kaum mit einer massiven Aufstockung der Gelder auftreten. Was bleibt, ist die bescheidene Forderung, dass dort, wo der Staat über die Zuteilung von Geldern tatsächlich mitentscheiden kann, klare und zukunftsweisende Prioritäten gesetzt werden. Dass dieses Postulat bis heute Wunschdenken bleibt, zeigt das Beispiel der KWF.

Die KWF ist historisch aufgrund von Notrecht gewachsen. 1942 erhielt der Bund die Kompetenz, zur Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung an Hochschulen und in der Privatwirtschaft Bundesgelder auszuspre-

Aufruf für Al Forno

Al Forno, das Ferien- und Bildungszentrum in Pila ob Intragna (Centovalli), ist seit Jahrzehnten ein Ort, wo sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treffen, Ferien machen oder ein paar Ruhetage einschalten. Die Übernachtungspreise sind bescheiden. Die Gäste besorgen die Küche selber. Al Forno soll in Zukunft vermehrt für mehrtägige Bildungskurse und Sektionswochenende vermietet werden. Im Verlaufe der letzten Jahre mussten die alten Tessiner Steinhäuser renoviert werden, was mit grossen Kosten verbunden war. Ein solcher Ferien- und Bildungsort kann deshalb nicht einfach selbsttragend sein. Der Verein Al Forno ist deshalb gezwungen, das jährliche Defizit durch Spenden und Förderbeiträge zu decken.

Da uns die Erhaltung von Al Forno als SP-Ferienzentrum ein grosses Anliegen ist, möchten wir alle SP-Sektionen aufrufen, Al Forno durch einen einmaligen oder jährlichen Förderbeitrag finanziell zu unterstützen.

André Daguet;
Zentralsekretär SPS

chen. 1947 erhielt die KWF die verfassungsmässige Grundlage (Art. 31quinquies BV), 1954 verabschiedeten die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über die Vorbereitung der Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung. Seit 1982 regelt die Verordnung über die Förderung der praxisorientierten Forschung und Entwicklung die Aufgaben der KWF. Die dem EDV unterstellte Kommission besteht aus 13 in der Industrie tätigen Fachleuten und Hochschuldozenten mit Indu-

strierfahrung. Der Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen figuriert als Präsident, vier Angehörige der Bundesverwaltung als Beisitzer. Die KWF kann als eine wichtige Scharnierstelle zwischen Wissenschaft und Industrie betrachtet werden. Sie entscheidet über Gesuche, die von Wissenschafts- und Industriepartnern ausgearbeitet werden. Die Industrie hat sich mit mindestens 50 Prozent an den Projektkosten zu beteiligen, wobei eine Finanzierung «von A bis Z» (das heisst von der Entwicklung bis zum Prototyp) ausser Betracht fällt. Laut Verordnung sollen besonders kleine und mittlere Betriebe berücksichtigt werden.

1987 gingen bei der Kommission für Wissenschaft und Forschung 120 Gesuche ein, der Bund ging auf Verpflichtungen von rund 25 Millionen ein. Nach Branchenaufteilung fällt wiederum auf, dass die vier eingangs erwähnten Industriezweige (Maschinen, Metall, Elektro, Chemie) wiederum einsam an der Spitze der genehmigten Projekte stehen (mit einem 75prozentigen Anteil). Für den Bereich Ökologie wurden ganze vier (!) Projekte berücksichtigt, die hiezu bewilligte Summe betrug 621 000 Franken, das sind nicht einmal 4 Prozent des KWF-Budgets!

Die Struktur und Arbeitsweise der KWF werfen verschiedene Fragen auf. Zum einen werden die empirisch-politologischen Beobachtungen von R. Germann («Ausserparlamentarische Kommissionen – die Milizverwaltung des Bundes») vollumfänglich bestätigt. Die Linke ist vollkommen untervertreten, die einflussreichen «Multispezialisten» sind auch bei der KWF dominant – siehe als Beispiel die schillernde Figur eines Professor Aurelio Cerletti, der nicht «nur» Direktor der Sandoz AG ist, sondern in zahlreichen Gremien und Kommissionen Einsatz hat. Völlig unklar sind auch die Beurteilungskriterien, nach denen die KWF die

eingehenden Gesuche bearbeitet. Empirische Untersuchungen über die Effektivität der von der KWF unterstützten Projekte sind nicht vorhanden. An dieser Stelle sei wieder an das Postulat erinnert, wonach die proportionale Berücksichtigung von Parteien nicht nur für irgendwelche unbedeutenden Kommissionen vorab auf Gemeindeebene gilt – gewisse SP-Mitglieder können sich ob völlig lächerlichen Ansprüchen auf unbedeutende Vertretungen (so in Stimmausschüssen) ergötzen, derweil in geradezu hochpolitischen Gremien und Institutionen (Chefbeamte: SP-Anteil 5 Prozent, Universitätsdozenten, Botschafterposten: nach meinen Informationen ein einziger SP-Botschafter usw.) die Sozialdemokratie kaum bis gar nicht vertreten ist.

Die KWF hätte mit ihrem bescheidenen Budget die Möglichkeit, wenigstens ansatzweise Wege für eine «andere» Forschung aufzuzeigen. Gerade auf dem Gebiet der Ökologie, der Bautechnik und der Energie usw. sind ungeahnt grosse Nachholbedürfnisse vorhanden, die sich auch wirtschaftlich auszahlen würden. Offenbar haben es auch hier langfristige Interessen schwieriger, sich Gehör zu verschaffen.

Parallel zu einer schweizerischen Glasnost- und Perestroika-Politik (nicht nur in Sachen Projektunterstützungen, Kommissionszusammensetzungen usw.) wäre eine erneute Prüfung einer Innovationsrisikogarantie (IRG) für kleine und mittlere Betriebe ins Auge zu fassen. Gerade das Fehlen von Risikokapital ist für ein kleines Unternehmen ein schier unlösbares Problem, vor allem wenn es auf Gebiete vorstossen will, die Neuland sind. Potentielle Geldgeber schrecken davor zurück. Hier könnte eine IRG sinnvoll in die Lücke springen und innovative Köpfe unterstützen. Bedingung wäre unter anderem ein Projekt, das ökologischen Anforderungen genügt. Ein entspre-

chender «Ökobonus» könnte beispielsweise steuerliche Erleichterungen bringen. Das hätte zweifelsohne anspornenden Charakter. Dazu kommt, dass kleine und mittlere Betriebe flexibler und meistens auch innovativer als bürokratische Grossunternehmen arbeiten. Diese finden Gefallen am Status quo, da Innovationen ganze Märkte in Bewegung bringen können; damit tun sich die Grossen oftmals schwer...

Fazit: Die Schweiz braucht eine aktive Technologiepolitik, die zukunftsorientiert handelt und die «Alternativforschung» auf allen Gebieten fördert. Wer nicht ideologische Bretter vor dem Kopf hat, weiss schon lange, dass beispielsweise Atomenergie eine «Dinosaurietechnik» (H. Hubacher) ist. Warum sind da nicht längstens die entsprechenden Gelder umverteilt worden? Wer hat da handfeste Interessen, dass weiterhin an dieser perspektivlosen und höchst gefährlichen Technik geforscht wird? Die Atomtechnologie verschlang bisher allein in der Schweiz mindestens 3,5 Milliarden Franken, woran die Privatwirtschaft lächer-

liche 100 Millionen Franken beisteuerte. Das Motto lautet: Der Staat stellt die Steuergelder zur Verfügung, und wir kassieren. Das wäre ja nicht neu...

Zum Schluss ein utopischer Gedanke: Sollte der Staat nicht eine Art «Gegenforschung» zur bestehenden «offiziellen» Forschung betreiben? Grundsätzliche Skepsis gegenüber der (privaten) Forschung ist wohl angebracht (Chemie, Gentechnologie, Biologie usw.). Kann eine an kapitalistischer Gewinnmaximierung orientierte Industrie so etwas wie ein «Allgemeinwohl» verfolgen? Ich denke, eine staatlich forcierte Forschung mit kritischen Wissenschaftern ist wünschenswert, ja dringend geboten. Die Wissenschaft ist ein zu ernstes Gebiet, um sie den alleinigen Interessen der Wirtschaft zu überlassen. Eine Technologiepolitik muss Prioritäten setzen und dort eingreifen, wo die Würde des Menschen, ja der Natur überhaupt verletzt wird. Hier endet jegliche Forschungsfreiheit. Diese darf nicht dazu missbraucht werden, um handfeste politische Interessen durchzusetzen. Oder mit Max Frisch: Wann hat die Tech-

nologie begonnen, unsere menschliche Existenz nicht mehr zu erleichtern, sondern eine ausser-menschliche Herrschaft über uns zu errichten und die Natur, die sich unterwirft, uns zu entwenden? Ob die Schweiz Waffensysteme oder Kläranlagen exportiert, ist eine politische Grundsatzentscheidung. Ich meine, hier hat der Staat, das heisst die Gesellschaft und nicht die Wirtschaft, das letzte Wort.

Literatur

- Hug, Peter*, Geschichte der Atomtechnologie-Entwicklung in der Schweiz, Bern 1987.
Div. Jahresberichte.
Botschaft über die Finanzierung der praxisorientierten Forschung und Entwicklung in den Jahren 1986–91 vom 4. März 1985.
Hänsenberger, Urs, Zum «ungleichseitigen Dreieck» Staat–Industrie–Wissenschaft in der Schweiz, Diss. Bern 1983.
Die Volkswirtschaft, 2/89.
Friedenszeiten 74/87.
Lafontaine, Oskar, Der andere Fortschritt, 1985.